

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 39/39
Telefax: 886 846 ppbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Günther Heyenn MdB
zur Auseinandersetzung
über die Pflegeversicherung
in der Union: Blüm vor dem
Aus?

Seite 1

Gernot Erier MdB zu
den Moskauer Putsch-
Folgen, die den Westen
unvorbereitet treffen:
Gezeitenwände bei der
Abrüstung.

Seite 2

Inge Wettig-Daniel-
meier MdB zum 60.
Geburtstag von Haidi
Streletz: Eine aufrechte
Vorkämpferin für die
Gleichstellung der
Frau.

Seite 6

46. Jahrgang / 183

24. September 1991

Blüm vor dem Aus?

Zur Auseinandersetzung über die Pflegeversicherung in der Union
Von Günther Heyenn MdB
Sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Deutschen
Bundestag

Es wird immer deutlicher: Der Bundesarbeitsminister Dr. Norbert Blüm hat nicht nur die FDP gegen sich, auch in seiner Fraktion und Partei zeigt sich heftiger Widerstand gegen solidarische Pflegeversicherung.

Nachdem der Wirtschaftsgraf am Wochenende die Fortsetzung der Koalition für den Fall in Frage gestellt hat, daß Blüm von seinen, im Prinzip richtigen und allein problemadäquaten Vorhaben, die neu zu schaffende Pflegeversicherung solidarisch zu finanzieren und sozialrechtlich zu organisieren, nicht abrückt, hat sich jetzt sein Kanzler und Parteivorsitzender der Sache angenommen. Das Resultat, typisch und nicht überraschend: Die für den gestrigen Montag nicht nur allseits erwartete, sondern auch vielfach angekündigte Entscheidung der Union darüber, wie die Pflegeversicherung finanziert und organisiert werden solle, wurde nochmals vertagt.

Und dies, obwohl die Fragen lange gestellt und die Positionen hinlänglich ausgetauscht sind. Blüm will - wie die Sozialdemokraten auch - eine eigenständige Pflegeversicherung unter dem Dach der gesetzlichen Krankenversicherung, finanziert über die hälftig von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu entrichteten Beiträge; die FDP, den Arbeitgebern seit je verpflichtet und der Versicherungswirtschaft verbunden, will erstere aus der Finanzierung entlassen, letzteren ein neues Betätigungsfeld eröffnen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwert und Versand.



Hat die FDP Erfolg und findet sie die notwendige Unterstützung bei der Fraktion - Blüm selbst schließt dies nicht aus, wie seine Ankündigung notfalls einen Parteitagsbeschluss zu dieser Frage herbeizuführen, zeigt - dann wäre dies mehr als ein Sieg der Liberalen über die sozialverpflichteten Teile der Union und des Arbeitsministers. Dann hat dies auch nichts zu tun mit 'dem Schwanz, der mit dem Hund wedelt'. Dann verabschiedet sich die CDU als Volkspartei.

Wenn die Arbeitgeber tatsächlich aus der Finanzierung der Pflegeversicherung ausgelassen bleiben, dann wäre dies gleichbedeutend mit dem Einstieg in den Ausstieg einer solidarischen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gemeinsam finanzierten Sozialsystems. Es wäre dann völlig klar: Blüm wäre gescheitert oder als Interessenvertreter der Wirtschaft anlarvt.

(-/24. September 1991/rs/rf)

Gezeitenwende bei der Abrüstung **Zu den Moskauer Putsch-Folgen, die den Westen unvorbereitet treffen**

Von Gernot Erier MdB

Die drei August-Tage in Moskau haben dort kurzerhand ein 74 Jahre lang stabiles Herrschaftssystem ausgehebelt. "Zehn Tage, die die Welt erschütterten" nannte der amerikanische Autor John Reed ein vielgelesenes Werk über die Oktoberrevolution. Jetzt sieht es so aus, als ob am anderen Ende dieser 74 Jahre drei Tage ausreichen, alles durcheinanderzubringen - weit über die Lande Gorbatschows und Jelzins hinaus.

Die Wirbel haben die "Defense Community" total auf dem falschen Fuß erwischt. Eigentlich war man noch am Verdauen: des Pariser KSE-Abkommens vom November 1990, das z.B. die Bundesrepublik zwingt, mehr als 10.000 Stück schwere Waffen auszurangieren; der Auflösung des Warschauer Paktes im April 1991; der nur mühsam abgewehrten Versuche von Warschau, Prag und Budapest, so schnell wie möglich der westlichen Allianz beizutreten. Wäre der Golfkrieg nicht gewesen, hätte es die Stärkepolitiker und Rüstungsprofiteure glatt in die Massenresignation getrieben.

Saddams irrationale Weigerung, sich abschrecken zu lassen, setzte immerhin die rüstungsin intensive Idee der Schnellen Eingreiftruppen in Marsch. Die NATO richtet sich darauf ein, im November 1991 in Rom eine neue Strategie und eine neue Struktur zu verabschieden. Für diese soll die sowjetische Bedrohung noch immer eine zentrale, wenn auch nicht ausschließliche Rolle spielen: Der Hinweis auf die gefährlichen Moskauer Militärpotentiale erscheint unverzichtbar. Die irritierende Friedensvernunft des Michail Gorbatschow störte bisher nicht, weil man auf Unwägbarkeiten des Moskauer Machtspiels hinweisen konnte. Folgerichtig schnellten am 19. August, dem ersten Putschtag (allerdings nur vorübergehend), die Rüstungsaktien am US-Stock-Market rapide in die Höhe.

Putsch zerstörte Bedrohungsbild

Schon das Scheitern des halbherzigen Putsches an der Weigerung von Armee- und KGB-Einheiten, den gewählten Präsidenten sowie Parlament und Regierung der RSFSR auszuschalten, hat die argumentative Gefechtsituation verkompliziert. Wenn die Perestrojka und ihr demokratisches Gedankengut sogar schon Eliteeinheiten des KGB und die Panzerfahrer der Sowjetarmee infiltriert haben, ja wenn sogar das barrikadenbauende Volk über die Putschisten obsiegt, dann erstickt das Argument des "Wer-weiß-wie-lange-Gorbi-noch-regiert?" unter dem Geprassel des internationalen Beifalls.

Aber es kam noch schlimmer. Die Armee wird jetzt ebenso wie Polizei und KGB gesäubert. 80 Prozent der Kommandopositionen sollen ausgewechselt werden und das ist offensichtlich ernst gemeint, denn es hat bereits begonnen. Diese Säuberungs-Quote übertraf nur Stalin 1937, allerdings auf eine entsetzliche Weise. Jewgenij Schaposchnikow, der neue Verteidigungsminister der Union, plauderte am 14. September bei Radio Moskau davon, er könne sich vorstellen, daß künftig seine Soldaten und Offiziere auch in Amerika und anderen NATO-Ländern ausgebildet werden. Nein, das Feindbild möglicher Rechts- oder Militärputsche gegen die Demokraten hat sich eben durch den Putschversuch selbst ausgelöscht.

Sowjetunion: Abrüstung jetzt im Galopp

Als würde dieser Verlust nicht reichen, kommen nun neue Töne aus dem Osten in Sachen Abrüstung, die uns, wären wir nicht schon allmählich abgehärtet, eigentlich den Atem rauben müßten. Systematisiert läßt sich das Spektrum so darstellen:

- Die Sowjetunion plant eine radikale Reduzierung ihrer Streitkräfte. Noch variieren die Zahlen. Am 14. September nannte Boris Jelzin die Zielgröße von 1,5 Mio Mann (bei derzeit 4,5 Mio nach amerikanischen Erkenntnissen). Einer Gruppe von SPD-Parlamentariern wurde vor wenigen Tagen vom Stellvertretenden Vorsitzenden des russischen Verteidigungskomitees in Moskau sogar eine Zahl von knapp unter einer Million Soldaten genannt. Unklar ist bisher dabei, welchen Umfang die "Nationalgarden" in den Republiken annehmen sollen (so brachte der ukrainische Verteidigungsminister Morosow z.B. die Zahl von 350.000 Mann für seine Republik ins Gespräch, will aber für eine Übergangszeit eine enge Verknüpfung mit der Unionsarmee akzeptieren).
- Russenpräsident Jelzin will die sowjetischen Atomwaffen gerne selber kontrollieren, sie am liebsten aber alle loswerden, wie er am 4. September erklärte. Damit knüpft er an jene Vision einer atomwaffenfreien Welt an, die - vorübergehend - die Präsidenten Reagan und Gorbatschow bereits im Herbst 1986 in Reykjavik befügelte. Ist es ein Zufall, daß just zum selben Zeitpunkt eine Studie der National Academy of Sciences (USA) bekannt wird, nach der die Demokratisierung des Sowjetreiches eine Verringerung der Atomsprenghköpfe auf je 1.000 Stück (also ca. 10 Prozent der jetzigen Arsenale) ermöglichen würde?
- Der einflußreiche Präsident Kasachstans, Nursultan Nasarbajew, hat vor kurzem die Schließung des Atomwaffenversuchsgeländes von Semipalatinsk verkündet - übrigens nach jahrelangem Wirken einer von vielen kasachischen und internationalen Fachleuten und intellektuellen getragenen Anti-Atomwaffen-Kampagne namens "Nevada-Semipalatinsk". In der Sowjetunion verbleibt nur noch ein weiteres Atomtestgebiet auf der arktischen Inselgruppe Nowaja Semlja. Jelzin hat wenig Lust, dort Atomtests zuzulassen. Er plädierte für ihre definitive Beendigung, was gleichbedeutend mit dem Ende der Entwicklung neuer Atomwaffen wäre. Schon hat sich Jewgenij Welichow, Vizepäsident der Akademie der Wissenschaften, gemeldet und einen Verzicht auch auf Tests in Nowaja Semlja gefordert -

in einer sowjetischen Öffentlichkeit, die Tag für Tag mit neuen Details über Atomkatastrophen in Tscheljabinsk und anderswo erschreckt wird.

Unilateralismus aus Ungeduld

Alle diese Ankündigungen und Initiativen, wenige Wochen nach dem Putsch, sind von Ungeduld und wenig Rücksicht auf verteidigungspolitische Bedenkenräger geprägt. Die sowjetische Führung in Union und Republiken muß Ressourcen sparen und die Verteidigungshaushalte drastisch kürzen. Die Grenze scheint eher von der Sozialverträglichkeit bestimmt als von militärischen Bedrohungsanalysen. Kein Zweifel: Es stehen entschlossene einseitige Schritte in der angekündigten Richtung bevor. Selbst neue Runden bei den Wiener KSE-Verhandlungen bleiben in der Umgebung des Boris Jelzin ohne Interesse, weil sie als viel zu langatmig angesehen werden. In Moskau erwägt man, ob man nicht der bevorstehenden Winter-Versorgungskrise einfach mit der Stilllegung eines großen Teils des ressourcen- und energievereschlingenden Militär-industriellen Komplexes begegnen sollte.

Ganz ohne Wirkung auf den Westen sind diese Entwicklungen nicht geblieben. Washington erwägt plötzlich die völlige Streichung der landgestützten, taktischen atomaren Kurzstreckenwaffen in Europa. Präsident Mitterrand, bisher taub gegenüber den deutschen Einwänden gegen sein neues 480-km-Atomsystem Had s, erklärt am 11. September überraschend vor der Presse: "Keine einzige Had s-Rakete wird aufgestellt". Es werden auch nicht mehr als die ohnehin schon fertigen 30 Stück gebaut und ins Depot gesteckt. Und so recht wohl ist der Bundesregierung nicht bei dem Gedanken, daß die NATO im November unbeirrt ihr immer noch auf Moskauer Bedrohungspotentiale aufgebautes neues Struktur- und Strategiekonzept beschließen könnte. Einige semantische Änderungen sollen wenigstens bei der Bedrohungsanalyse eine zu offensichtliche Antiquiertheit verhindern. In der letzten Verteidigungsausschußsitzung wollte Minister Stoltenberg den NATO-Gipfel nur noch einige "sicherheitspolitische Eckpunkte" beschließen sehen, sowie die Grundzüge einer Strategie. Das dürfe alles nicht so "perfektionistisch" ausfallen und müsse die ausdrückliche Bereitschaft zur Überprüfung und Fortschreibung enthalten.

Notwendige Antworten der NATO

Diese hastigen Korrekturversuche zeigen: Die NATO ist auf die Nach-Putsch-Situation in der Sicherheitspolitik in keiner Weise vorbereitet. Wahrscheinlich wird sie eine Weile Zuflucht finden (wie es Sprecher der Hardthöhe jetzt schon praktizieren) in der Unübersichtlichkeit der neuen sowjetischen Kompetenzverteilung und damit begründen, warum ja all die Vorschläge und Ankündigungen der neuen östlichen Führungsmannschaften nicht recht belastbar seien. Lange wird das nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Westen von der Entwicklung überrollt wurde und derzeit sicherheitspolitisch ohne Konzept und Linie dasteht. Auf mindestens folgende Fragen müßte die NATO jetzt eine Antwort entwickeln:

1. Welche einseitigen Abrüstungsmaßnahmen, wie sie zuletzt von Ost und West verkündet wurden, sind in nächster Zeit noch zu erwarten? Was bedeutet dies für die multinationale Ebene der Wiener Folgeverhandlungen?
2. Welche konkreten Auswirkungen hat die Entmachtung der KPdSU und die neue Struktur der Sowjetunion auf die europäische Sicherheit?

3. Wie lautet das Angebot an die mittel- und südosteuropäischen Staaten sowie die Sowjetrepubliken angesichts des nach dem Putsch noch größer gewordenen sicherheitspolitischen Vakuums in Osteuropa zur Ein- bzw. Anbindung an das westliche oder ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem?
4. Wie muß ein sicherheitspolitisches Gesamtkonzept für Europa aussehen, wenn jetzt tatsächlich weit über START hinausgreifende und gegebenenfalls unilaterale Schritte in die östlichen Atomwaffenbestände stattfinden?
5. Was bedeutet ein Atomteststopp für künftige globale Strategien der Balance und Kriegsverhütung, welche neuen Möglichkeiten und Notwendigkeiten entstehen dabei für ein Regime der Non-Proiferation?

Es wäre kein Zeichen der Stärke, sondern von infantiler Lernverweigerung, wenn der Rom-Gipfel der Allianz jetzt einfach durchgezogen wird, ohne diese Fragen zu beantworten und damit substantiell neu an die bereits vorbereiteten Grundsatzdokumente heranzugehen. Schon erleben wir skurrile Schlachtordnungen: Die ewigen Fans der atomaren Abschreckung im rechten politischen Spektrum schwärmen uns plötzlich von der dreifachen Sicherung der sowjetischen Atomwaffen in allen technischen Details vor, weil sie befürchten, der Slogan "Nur weg damit ist wirklich sicher" könnte alle A-Arsenale infragestellen. Ein Gipfel, der das Vorbereitete beschließt, würde keine Klarheit erzeugen, sondern die Konfusion nur noch vergrößern. Der Westen braucht jetzt politische Leitfiguren, die sich an die Spitze einer sicherheitspolitischen Neuorientierung stellen, deren Radikalität mit den Änderungen im ganzen Osten Schritt hält. Nur der wird als souverän gelten können, der die notwendige Zeit für die Einleitung dieses Wandels jetzt für sich in Anspruch nimmt.

(-/24. September 1991/rs/fr)

Eine aufrechte Vorkämpferin für die Gleichstellung der Frau
Haidi Streletz zum 60. Geburtstag

Von Inge Wettig-Danielmaier MdB
Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)

60 Jahre - und kein bißchen leise. Auch wenn dieses Wort abgegriffen erscheint, so trifft diese Charakterisierung auf Haidi Streletz ohne Zweifel zu.

Sie startete als Frauenpolitikerin, und sie ist in diesem Engagement nicht müde geworden. Im SPD-Pressearchiv findet sich als allererste Meldung von ihr vom 5. August 1974 - damals war sie noch Landtagskandidatin der SPD - ein Lob auf die Novelle des Heimarbeitsgesetzes: Sie käme "vor allem den vielen Frauen zugute, die durch Heimarbeit zum Unterhalt ihrer Familien beitragen müssen". Seitdem hat sie als Sozial- und Frauenpolitikerin nicht nachgelassen, für die Anliegen der Frauen zu kämpfen.

Haidi Streletz hat immer wieder Gespür bewiesen für die Fragen, die für die Frauen von großer Bedeutung sind. Schon 1977 forderte sie die Einführung der Frauenquote in der SPD, deren Durchsetzung dann noch mehr als zehn Jahre auf sich warten ließ, die aber inzwischen zum Beispiel für Parteien und Verbände geworden ist. Die Fragen der Bio- und Gentechnologie griff sie früh auf und sensibilisierte die Frauen in der SPD in dem Bereich, als dessen gesellschaftliche und politische Bedeutung von vielen noch unterschätzt wurde.

Haidi Streletz' politischer Lebenslauf erscheint auf den ersten Blick stromlinienförmig. Lange Jahre arbeitete die studierte Zahnärztin kommunalpolitisch. 1974 kommt der Einzug in den Hessischen Landtag. Funktionen in der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) treten hinzu: Acht Jahre Bezirksvorsitzende der ASF in Hessen-Süd; seit 1981 Mitglied des ASF-Bundesvorstandes; seit 1985 ist sie stellvertretende Bundesvorsitzende der ASF. Diese wichtigen Ämter verdecken, daß ihre politische Arbeit auch von bitteren Niederlagen begleitet war, daß ihr politische Ämter nicht auf dem Tablett gereicht wurden.

Sie hat diese Enttäuschungen durchgestanden und ist die aufrechte, nicht immer bequeme Vorkämpferin für die Gleichstellung der Frauen geblieben.

Ich gratuliere Haidi Streletz im Namen des ASF-Bundesvorstandes ganz herzlich und wünsche ihr weiterhin soviel Power wie bisher.

(-/24. September 1991/rs/tr)
